

# Avanti <sup>2</sup>

Theoriebeilage

COVID-19:  
Seuchenbekämpfung  
statt Massenwahn!

ISO Rhein-Neckar

# Solidarische Gegenwehr jetzt!



Kundgebung am 1. Mai 2020 auf dem Marktplatz in Mannheim.

Foto: Barbara Straube.

INHALT	EDITORIAL	INHALT
TITEL		
<b>01 CORONA-KRISE</b> Gemeinsam gegen Kapitaloffensive!	<p><i>Liebe Leserinnen und Leser,</i> zwar befindet sich das Corona-Virus in Deutschland derzeit offenbar auf dem Rückzug, aber es ist nicht weg. Weder als nach wie vor tödliche Bedrohung, noch als Vorwand für verschärfte Angriffe entscheidender Kapitalfraktionen.</p> <p>Auch in dieser Ausgabe von <i>Avanti</i><sup>2</sup> sind also der Auseinandersetzung mit der COVID-19-Pandemie und ihren Folgen für die Gesellschaft fast alle Seiten vorbehalten.</p> <p>Aus diesem thematischen Rahmen fällt ein Streiflicht auf die Befreiung vom Faschismus vor 75 Jahren. Sie fand im KZ Buchenwald bereits vor dem 8. Mai 1945 statt.</p> <p>Unsere Theoriebeilage sucht eine Antwort auf die Frage Seuchenbekämpfung oder Massenwahn?</p> <p>Wir wünschen eine interessante Lektüre. Passt auf Euch auf und bleibt gesund!</p> <p style="text-align: right;"><i>Eure Redaktion</i></p>	<b>08 GEWERKSCHAFTEN</b> Schockstarre überwunden?
EDITORIAL/INHALT/CORONA-KRISE		<b>INTERNATIONAL</b>
<b>02 PANDEMIE</b> Welche Ursachen?		<b>09 FRANKREICH</b> Nach der Ausgangssperre
CORONA-KRISE		<b>SOLIDARITÄT</b>
<b>03 KRISENFOLGEN</b> Soziale Front statt „Sozialpartnerschaft“		<b>10 NETZWERK</b> Was nun?
<b>BETRIEB UND GEWERKSCHAFT</b>		<b>GESCHICHTE</b>
<b>04 1. MAI</b> War mehr möglich?		<b>11 BUCHENWALD</b> Erklärung der Internationalisten
<b>05 1. MAI</b> Phantasie am Werk	<b>RÜCKBLLENDE/TERMINE</b>	
<b>06 PFLEGE</b> Applaus als Lohn?	<b>12 AKTIONSTAG</b> Seebrücke: „Evakuiert alle Lager“?	
<b>07 BETRIEBSRÄTE</b> Weiter im Corona-Stress	<b>12 TERMINE</b>	
	<b>THEORIEBEILAGE</b>	
	<b>01 COVID-19</b> Seuchenbekämpfung oder Massenwahn	

## „Zu den Ursachen der Corona-Pandemie – Welche Schlussfolgerungen?“

R. G.

So lautete der Titel des dritten Video-Infoabends der ISO-Gruppe Rhein-Neckar am 29. Mai 2020. Leider gibt es immer noch genug Gründe, sich weiterhin mit dem Thema Corona zu befassen.

**E**rstens wirken sich Virus und Gegenmaßnahmen massiv auf unser Leben aus. Zweitens wird es als Erklärung für die Wirtschaftskrise und deren Folgen für die arbeitenden Klassen „missbraucht“. Drittens versuchen Faschisten und „Neurechte“, das Virus politisch für sich zu instrumentalisieren.

### Gesellschaftliche Ursachen

Unser Referent ging in seinem detailreichen Vortrag auf die Ursachen der COVID-19-Pandemie ein. Wesentlich seien Ausbeutung und Zerstörung der Natur im globalen Kapitalismus. Die Vernichtung natürlicher Lebensräume sowie die „Vermarktung“ von Tieren (Fleischindustrie, Wildtiermärkte usw.) würden die Entstehung tödlicher Zoonosen (wie z. B. Sars, Mers, Zika, Ebola und COVID-19) begünstigen.

Die „Corona-Krise“ reihe sich ein in die aktuellen Krisen des kapitalistischen Weltsystems (Wirtschaft, Ökologie, Kriege, Hunger, Flucht usw.). Die Ursachen und Folgen dieser Krisen, einschließlich der Corona-Pandemie, könnten daher nur durch eine Überwindung des Kapitalismus beseitigt werden. Kurzfristig wären jedoch Sofortmaßnahmen gegen die „Corona-Krise“ notwendig, wie sie die ISO in ihrem „Aktionsplan gegen COVID-19“ vorschlägt.

### Was tun?

Die anschließende Diskussion machte deutlich, dass es keinen Anlass gibt, die Politik der Bundesregierung zu feiern. Durch zu spätes Reagieren und ungenügende Vorbereitung wurden letztendlich immer striktere und demokratiefeindlichere Maßnahmen „notwendig“. Und vor allem fielen nach offiziellen Angaben bisher über 8.500 Menschen in Deutschland der Pandemie zum Opfer.

Zum Schluss ging es ganz praktisch um die Frage, was wir tun können. Wie dem verbreiteten Unwissen über die weltweite Pandemie begegnet werden kann. Wie Widerstand organisiert werden kann. Ein Widerstand, der nicht von dumpfem Hass und Ausgrenzung geprägt ist, sondern vom Ziel einer Welt, in der für alle ein gutes Leben möglich ist.

Mögliche Antworten auf diese Frage wurden zum Ende der Diskussion formuliert: 1. Überall handlungsfähige, widerständige Gruppen aufbauen. 2. Gemeinsam über solidarische, ökologische und menschliche Perspektiven diskutieren. 3. Die Vernetzung und Zusammenarbeit der politischen und gewerkschaftlichen Linken im Rhein-Neckar-Raum und darüber hinaus noch weiter verbessern. ■

# Soziale Front statt „Sozialpartnerschaft“

H. N.

Scheinbar ist COVID-19 in Deutschland auf dem Rückzug, aber die Bedrohung durch das Virus ist nicht verschwunden. Die Todeszahlen steigen – wenn auch verlangsamt – weiter an. Unser gesellschaftlicher Aktionsplan bedarf also einer weiteren Aktualisierung. Ein anderes Virus überlagert derzeit aber immer mehr die Frage des Gesundheitsschutzes – das Profitvirus. Die Angriffe entscheidender Kapitalfraktionen nehmen zu.

Vor allem in der Autoindustrie und bei den Zulieferfirmen geht es infolge der Krise rund. Die Branche gilt als Deutschlands Schlüsselindustrie. Einschließlich der von ihr abhängigen Bereiche arbeiten dort rund 2 Millionen Beschäftigte.

Laut Angaben der IG Metall sind rund 10 Prozent der Branchentermine bereits jetzt akut von Insolvenz bedroht. Über 100.000 Beschäftigte könnten in naher Zukunft erwerbslos werden.

Hinzu kommt die „Transformation“ vom Verbrennungsmotor zum Elektroantrieb in Verbindung mit der „Digitalisierung“. Sie wird den Kraftfahrzeugbau in den nächsten Jahren massiv verändern.

## Handlungsfähigkeit der IGM gefährdet

Die mit über 2,2 Millionen Mitgliedern größte Einzelgewerkschaft weltweit, die IG Metall, steht vor der Frage, ob sie in Zukunft noch handlungsfähig sein wird – oder nicht.

Was ist die Antwort der IGM-Spitze auf diese für den gesamten DGB existentielle Herausforderung? Auf der einen Seite die auf dem Gewerkschaftstag 2019 beschlossene Orientierung unter dem Motto „Die IG Metall vom Betrieb aus denken“. Sie ist bisher nicht wirklich in die Gänge gekommen.

Auf der anderen Seite der Ruf nach der „Vernunft“ der „Sozialpartner“ und – in ziemlich bester Eintracht mit dem Kapital – die Forderung nach einer milliardenschweren Abwrackprämie 2.0. Sie soll nach Pfingsten kommen, obwohl sie die erforderliche Verkehrswende noch mehr blockiert.

Im Prinzip ist das die gleiche Gewerkschaftspolitik wie 2009 nach der „Finanzkrise“. Sie hat zwar damals die IGM vor dem Absturz bei den Mitgliederzahlen bewahrt. Aber sie hat nicht die Erosion ihrer politischen und organisatorischen Handlungsmacht gestoppt. Im Gegenteil!

## Das Beispiel ZF

Das aktuelle Beispiel des Autozulieferers ZF zeigt, wie gelähmt die IG Metall derzeit selbst in ihrem Vorzeigebereich Baden-Württemberg ist.

ZF will bis zu 15.000 Arbeitsplätze weltweit, davon die Hälfte in Deutschland, in den nächsten Jahren vernichten. Für den Konzern arbeiten aktuell rund 148.000 Menschen, fast 51.000 davon im Inland. Bis Ende 2022 sind betriebsbedingte Kündigungen in den meisten Werken offiziell noch ausgeschlossen.

Das Management versucht aber natürlich, mit den Abbauplänen Druck auf die Betriebsräte und die Gewerkschaften auszuüben. Zudem will es die milliardenschweren Übernahmekredite für den Erwerb der Unternehmen TRW und Wabco nicht gefährden. Diese sind nämlich üblicherweise an das Erreichen von Kennzahlen – meist des operativen Gewinns – geknüpft.

Pikant an der Angelegenheit ist, dass ZF über zwei Stiftungen praktisch der Stadt Friedrichshafen gehört. Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender ist Roman Zitzelsberger, der IGM-Bezirksleiter von Baden-Württemberg.

Bei der virtuellen Funktionärskonferenz der IGM Baden-Württemberg am 28. Mai 2020 war die Zuspitzung bei ZF erstaunlicherweise kein Thema, obwohl dort neben Zitzelsberger auch der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats von ZF zu Wort kam.

## Suche nach der IGM-Strategie

Die Zeichen stehen nicht nur bei ZF auf Sturm. Umso gefährlicher ist es, dass offenbar die IGM-Führung derzeit über keine erkennbare Strategie der Gegenwehr verfügt.

Statt des Traums von der Sozialpartnerschaft ist jetzt der Aufbau einer sozialen Front der Gegenmacht angesagt. Das erfordert sowohl bei den haupt- als auch den ehrenamtlichen GewerkschaftlerInnen einen Bruch mit der Logik der Profitmaximierung.

Das bedeutet zum Beispiel, die Einhaltung von Artikel 14 des Grundgesetzes einzufordern („Eigentum verpflichtet“) und für das Verbot von Entlassungen zu kämpfen – wie es vor kurzem erst von IGM und Betriebsrat bei Bopp & Reuther in Mannheim vereinbart worden ist. Das bedeutet ferner, die Offenlegung aller Geschäftszahlen und Unternehmensstrategien einzufordern sowie ökologische und gesellschaftlich sinnvolle Produktionsumstellungen zu entwickeln und durchzusetzen.

Kurzum: Es geht perspektivisch um nicht weniger als um die Frage, ob die Wirtschaft der Gesellschaft dient oder dem Profit. Und es geht um die Zukunft der IG Metall und damit um das grundlegende Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit hierzulande.



Kundgebung am 1. Mai 2020 auf dem Marktplatz in Mannheim.

# „Solidarisch und nicht alleine“ Ein ungewöhnlicher 1. Mai

U. D.

Traditionell fanden in den vergangenen Jahrzehnten am 1. Mai gewerkschaftliche Demonstrationen und Kundgebungen statt. In diesem Jahr verzichteten die Gewerkschaftsführungen aufgrund der Corona-Pandemie auf beides. Die DGB-Veranstaltungen fanden im Netz statt.

**D**amit wollte sich ein Kreis von engagierten GewerkschafterInnen und AktivistInnen in Mannheim nicht zufrieden geben. Sie betrachteten es als notwendig und möglich, auch in Zeiten von Corona öffentlich aufzutreten. In kurzer Zeit bildete sich ein „Aktionsbündnis 1. Mai“. Als Ergänzung zu den virtuellen DGB-Veranstaltungen und als Zeichen des Protests gegen Corona-Leugner und rechte, gewerkschaftsfeindliche Aktivitäten meldete es eine Kundgebung auf dem Marktplatz an.

Unter Beachtung der dringend erforderlichen Gesundheitschutzmaßnahmen (Masken tragen, 2 Meter Abstand einhalten) und mit begrenzter TeilnehmerInnenzahl beteiligten sich ab 14 Uhr trotz schlechten Wetters rund 250 KollegInnen an dieser Aktion.

## „Solidarität heißt Menschen schützen“

Das Motto der Kundgebung lautete „Solidarisch und nicht alleine – Solidarität heißt Menschen schützen – Solidarität heißt Grund- und Menschenrechte verteidigen“.

In kurzen Redebeiträgen kamen unterschiedliche aktuelle Themen zur Sprache: der Widerstand gegen BR-Mobbing, das Engagement für den Erhalt der Arbeitsplätze bei Bombardier,

die internationale Solidarität mit dem demokratischen Projekt in Rojava, die Solidarität mit dem Arbeitskampf bei Voith, der erforderliche Stopp von Rüstungsprojekten, die Unterstützung von Flüchtlingen, die Ablehnung von Rassismus und sozialer Ungleichheit sowie die Notwendigkeit des Kampfs gegen die drohende Klimakatastrophe.

Für das musikalische Rahmenprogramm sorgte in mitreißender Weise Bernd Köhler (Gesang, Gitarre) gemeinsam mit SängerInnen eines Mannheimer Gewerkschaftschores und Helmut Hoffmann am Akkordeon. Die Schauspielerin Bettina Franke trug beeindruckende Gedichte vor.

Das starke Engagement vieler hat das gute Gelingen dieser ungewöhnlichen Veranstaltung ermöglicht.

Es konnte nicht nur die Tradition eines in der Öffentlichkeit sichtbaren 1. Mai aufrechterhalten werden. Es war auch ein weiterer Beitrag zur Wahrung des Grundrechts auf Demonstrationsfreiheit.

Zu hoffen bleibt, dass die politisch-organisatorische Zusammenarbeit, die diese 1. Mai-Kundgebung ermöglicht hat, weiter fortgesetzt wird. Angesichts der bedrohlichen krisenhaften Entwicklung des Kapitalismus und dem Aufschwung rechter, verschwörungsideologischer Strömungen ist dies überfällig und notwendig. ■



Kundgebung am 1. Mai 2020 auf dem Marktplatz in Mannheim.

Foto: helmut-roos@web.de.

# Phantasie am Werk

Zahlreiche selbst bemalte Plakate und Umhänge, viele Transparente, Fahnen und die unterschiedlichsten Schutzmasken prägten mit viel Phantasie das Erscheinungsbild der Kundgebung am 1. Mai auf dem Mannheimer Marktplatz. Diese Kreativität ist ein immer wichtiger werdender Widerstandsfaktor für die kommenden Monate und Jahre. Wir zeigen hier eine kleine Auswahl.

Alle Abbildungen auf dieser Seite: Kundgebung am 1. Mai auf dem Marktplatz in Mannheim. Fotos: helmut-roos@web.de.



# „Klatschen reicht nicht ...“

## Interview mit einer gewerkschaftlich organisierten Altenpflegerin

In Deutschland leben rund 3,5 Millionen Pflegebedürftige. Über 600.000 AltenpflegerInnen und AltenpflegehelferInnen arbeiten offiziell in rund 14.500 stationären Pflegeheimen und bei über 14.000 ambulanten Pflegediensten. Durch COVID-19 ist ihre gesellschaftliche Bedeutung deutlicher geworden. Wir haben mit einer Altenpflegerin gesprochen.

### Freust Du Dich über den aktuellen Beifall und die verbale Anerkennung für die in der Pflege tätigen KollegInnen?

Ganz ehrlich? Ich sehe dieses Klatschen der Menschen einerseits als Dank, aber mehr noch als Durchhalteparole. So nach dem Motto „Ihr seid gut, weiter so, wir könnten Euch brauchen“. Und wenn PolitikerInnen aufstehen, klatschen und lobende Worte für uns haben, da wird es mir übel.

### Wie sind die Arbeitsbedingungen in der Altenpflege?

In sehr vielen Häusern, überhaupt denen der privaten Ketten, sehr schlecht. Es fehlt an Personal, auch an qualifizierten KollegInnen. Es mangelt an Hilfsmitteln (etwa Aufstehhilfen) und an Material (Inkontinenzprodukten, Bettwäsche, Handtüchern ...). Es gibt keinen verlässlichen Dienstplan. GewerkschafterInnen sind nicht gerne gesehen. Es gibt meist keine Betriebsräte, Gewerkschaftsmitglieder werden nicht selten gemobbt.

Ich höre immer wieder von KollegInnen, die alleine im Nachtdienst 50 bis 60 Menschen zu versorgen haben.

### Machen solche Belastungen krank?

Viele meiner KollegInnen sind sowohl psychisch als auch physisch „kaputt“. Burnout ist sehr häufig anzutreffen. Ich selbst arbeite in einem kommunalen Haus und habe relativ gute Arbeitsbedingungen. Trotzdem bin ich durch die Arbeit 50 % schwerbehindert. Es geht eben auf die Knochen, in die Gelenke, trotz aller mechanischen Hilfen. Die gibt es eben nicht für alle Maßnahmen.

### Ist es möglich, gesund in Rente zu gehen?

Nein. Jedenfalls nicht, wenn Du am Bett stehst.

### Ist die Bezahlung ausreichend?

Es kommt darauf an, wo Du arbeitest und ob Du nach Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) bezahlt wirst. Nicht wenige KollegInnen gehen mit 2.500 Euro brutto nach Hause.

### Mit welcher Rente kannst Du dann rechnen?

Ich werde rund 1.400 Euro brutto bekommen, aber nur weil ich auch noch ein paar Euro aus der Zusatzversorgungskasse erhalte und nach TVöD bezahlt werde.

Wer nur nach Mindestlohn vergütet wird, wie sehr viele meiner KollegInnen, müsste bei einer 35-Stundenwoche 53 Jahre lang arbeiten, um eine Rente in Höhe der Grundsicherung zu bekommen. Aktuell sind das 814 Euro.

### Wie sollte gesellschaftliche Verantwortung für die in der Altenpflege Tätigen aussehen?

Die politisch Verantwortlichen müssen Schluss machen mit dem Privatisieren und Privatisiertes zurück in öffentliche Hände geben.

Unsere verantwortungsvolle Arbeit muss finanziell anerkannt werden – auch in Hinblick auf die Rente. Dann werden mehr Menschen unseren Beruf erlernen wollen. Mit mehr Personal können auch die Arbeitsbedingungen verbessert werden.

Die Verantwortung hierfür darf nicht an Pflegekammern abgeben werden, die wir bezahlen, die uns noch mehr kontrollieren und sanktionieren. Dadurch werden unsere Arbeitsbedingungen

verschlechtert statt verbessert.

Dies führt dazu, dass noch mehr Beschäftigte den „Pflexit“ nehmen. Andere, so wie ich, werden den nehmen, sobald die Kammer auch in Baden-Württemberg von der Grün-Schwarzen Landesregierung etabliert wird.

Gute Pflege (das gesamte Gesundheitssystem) ist aus Steuermitteln zu bezahlen. Davon hätten wir alle was.

### Und für die zu Pflegenden?

Nur mit genügend Personal kann eine ganzheitliche Pflege durchgeführt werden. Aktuell können in vielen Heimen wichtige Prophylaxen wegen Zeitmangels nicht durchgeführt werden: zum Beispiel regelmäßiger Liegepositionswechsel zur Dekubitusprophylaxe – also Verhinderung des „Wundliegens“.

Es könnte überall aktivierende Pflege durchgeführt werden. Das heißt, die zu Pflegenden werden ermutigt, so viel als möglich eigenständig zu tun. So werden Gesundheit und Selbständigkeit erhalten oder sogar gefördert. Aber das kostet viel Zeit. Und die gibt es in vielen Häusern und bei den mobilen Diensten nicht. Alles ist nach Minuten getaktet, und zudem erfordert der immer mehr werdende Papierkram viel Zeit, die dann für die Menschen fehlt.

### Mit wem können die Verhältnisse in der Altenpflege grundlegend verbessert werden?

Mit der Gewerkschaft, nur müssten sich da mehr KollegInnen organisieren. Viele sind nicht organisiert, weil sie auf jeden Cent schauen müssen.

Und natürlich mit einer Regierung, die nicht darauf hört, was Lobbyisten ihr einflüstern. Einer Regierung, die also den Mensch und nicht den Profit in den Mittelpunkt stellt.

Zum Schluss möchte ich noch sagen, dass ich bundesweit mit vielen KollegInnen verknüpft bin. Dadurch bekomme ich sehr viel mit von deren Arbeitsbedingungen. Ich frage mich bei vielen – auch bei meinen KollegInnen im Krankenhaus –, wie sie das alles schaffen ...

[Die Fragen stellte W.A.] ■



Kundgebung am 1. Mai auf dem Marktplatz in Mannheim.

Foto: Barbara Straube.

# Betriebsarbeit in Zeiten der „Corona-Pandemie“ (Teil II)

## Ein Gespräch mit Betriebsrätinnen und Betriebsräten\*

Seit Wochen sind die COVID-19-Pandemie und die damit verbundenen Einschränkungen die vorherrschenden Themen. Andere Probleme scheint es nicht mehr zu geben. Für uns Grund genug, mit KollegInnen aus Chemie-, Metall- und Speditionsunternehmen über die aktuelle betriebliche Situation zu reden.

### Wie verhalten sich Eure KollegInnen?

Heiko: Der Großteil meiner KollegInnen ist froh, nicht von Kurzarbeit oder Entlassung bedroht zu sein. Manche halten die Corona-Krise für Panikmache und sehen sich selbst und ihre Familie nicht gefährdet. Diejenigen, die Verwandte in Italien haben, sehen dies völlig anders. Manchmal führt dies zu heftigen Streitereien.

Clara: Bei uns spüre ich eher Unsicherheit und bei manchen Angst zu erkranken. Sie sind froh, wenn sie arbeiten können und weiterhin ihren Lohn erhalten. Aber sie können die Lage nicht einschätzen und fürchten, dass doch noch Kurzarbeit kommt.

Kevin: Meine KollegInnen arbeiten mit vollem Einsatz. Sicher, es gibt eine gewisse Corona-Furcht, aber die Angst vor dem Arbeitsplatzverlust überwiegt. Das Unternehmen hat ja bereits mitgeteilt, dass Befristete oder erst kürzlich Eingestellte eventuell „gehen dürfen“. Zorn oder Widerstand wie in Italien sehe ich nicht.

### Werden im Unternehmen „Optimierungs-Projekte“ und Verkaufsabsichten weiterverfolgt?

Kevin: Ja. Auch wenn im Betrieb vor allem über Infektionsschutz geredet wird, werden die „Optimierungsprojekte“ fortgeführt. Zum Teil im „Hintergrund“. Ich habe den Eindruck, dass jetzt erst recht versucht wird, Fakten zu schaffen und zwar ohne Einbeziehung des Betriebsrates.

Clara: Das sehe ich genauso. Und ich fürchte, wir werden Schwierigkeiten haben, das als Betriebsrat alles wieder „einzufangen“. Viele Maßnahmen wurden ja von der Unternehmensleitung ohne Betriebsrat verordnet. Ein gutes Beispiel ist das Homeoffice. Wir haben dafür noch keine betriebliche Vereinbarung, die die Arbeitsbedingungen und die Arbeitszeit regelt. Ich glaube, dass in der „Krise“ viele Unternehmen versuchen, Regelungen aufzuweichen oder dauerhaft zu umgehen.

### Werden die Informations-, Beratungs-

### und Mitbestimmungsrechte des BR beachtet?

Clara: Das ist widersprüchlich. Einerseits gibt es seitens der Unternehmensleitung schon Informationen. Und es gibt auch Beratungen. Aber gleichzeitig werden immer wieder Entscheidungen – auch kurzfristig – getroffen, ohne dass der BR vorher gefragt wurde. Auch dort, wo wir „harte Mitbestimmung“ hätten. Andererseits nutzt die BR-Mehrheit sowieso nicht konsequent die bestehenden BR-Rechte. Sie ist sozialpartnerschaftlich und nicht widerständig. Das hat sich durch Corona ja nicht geändert.

Kevin: Es gibt regelmäßige Besprechungen, bei denen wir dabei sind. Aber wie gesagt, für die Chef-Etage ist ja schon die uns gesetzlich zustehende Mitbestimmung ein „rotes Tuch“. Insbesondere beim Arbeitsschutz. Die jetzige Taktik der Chefs ist nicht, unseren Einfluss zu verringern, sondern uns vor den Karren ihrer Corona-Maßnahmen zu spannen. Es gibt Betriebsräte, die dieses Spiel nicht erkennen und mit guten Absichten mitmachen. Ich bin dafür, zu kontrollieren und mitzubestimmen. Aber nicht, deren Entscheidungen mit zu verantworten. Immer wenn es schwierig wird, wollen die uns als Befriedungsmittel nutzen. Ansonsten sollen wir den Mund halten und kuschen.

Heiko: Unsere Standortleitung und besonders die „kleinen“ Vorgesetzten sind von unserer Mitbestimmung beim Arbeits- und Gesundheitsschutz sowieso genervt. Darum wird von Unternehmensleitung und direkten Vorgesetzten schon versucht, ohne Einbeziehung des BR zu handeln. Einzelne Vorgesetzte versuchen, nicht freigestellte BetriebsrätInnen unter Druck zu setzen oder ihre Entscheidungen unwidersprochen durchzudrücken.

Tom: Ich kann schon verstehen, dass unser BR von den vielen „kleinen“ Dingen, die vom Unternehmen – und auch von den Auftraggebern – geändert werden, überfordert ist. Aber solange er nur verärgert zuschaut, nicht die Belegschaft mobilisiert und arbeitsrechtlich dagegen vorgeht, wird seine Position weiter geschwächt. Natürlich wird ein Teil der Entscheidungen nicht nur von Corona getrieben, sondern vor allem von den Auftragsfirmen. Da nützt Dir manchmal auch die Mitbestimmung nichts. Wir bräuchten hier auch eine stärkere Zusammenarbeit mit den Betriebsräten der Auftraggeber.

\* [Das Gespräch fand Mitte April statt. Teil I wurde in *Avanti*<sup>2</sup> Nr. 69 von Mai 2020 veröffentlicht. Die Namen wurden zum Schutz der Teilnehmenden geändert. Die Fragen stellte U.D.] ■



Kundgebung am 1. Mai auf dem Marktplatz in Mannheim.

Foto: helmut-roos@web.de.

# Gewerkschaften in Zeiten der Corona-Krise Gelähmt und perspektivlos?

H. S.

Die von den Gewerkschaften noch im letzten Jahr vorbereiteten oder geplanten Tarifausschließungen sind entweder ausgesetzt oder provisorisch, mit einem denkbar schlechten Ergebnis wie in der Metall- und Elektroindustrie, abgeschlossen worden. Die Corona-Krise trifft die Gewerkschaften empfindlich. Die Frage ist, welche Optionen ihnen unter den aktuellen Bedingungen bleiben und welche sie nutzen.

## Stillstand und Sonderschichten

Die Lage konnte unterschiedlicher nicht sein. In der Autoindustrie sind die Beschäftigten zunächst in Kurzarbeit geschickt worden. Kitas und Jugendeinrichtungen wurden geschlossen. Hingegen wurden und werden z. B. in der Lebensmittelproduktion und teilweise in der Chemie- und Pharmabranche Sonderschichten gefahren, um die gestiegene Nachfrage zu befriedigen.

Wo der Laden ohnehin in Kurzarbeit ist, geht das wichtigste Druckmittel, der Streik, verloren. Die IG Metall hat sich in NRW zum Pilotabschluss auch für die anderen Tarifgebiete drängen lassen. In den abgeschlossenen Tarifverträgen finden sich die ohnehin niedrigen Forderungen kaum berücksichtigt.

Verschoben sind aber auch Tarifrunden in Bereichen mit dem neuen Gütezeichen „systemrelevant“, in denen es besonders viele Gründe für Streiks gäbe. Öffentliche Aufmerksamkeit wie verbale Dankbarkeit sind jedenfalls so groß wie nie. Etwa in der Lebensmittelbranche könnte derzeit wirksam Druck erzeugt werden, aber die Gelegenheit wird nicht genutzt. Die zuständige Gewerkschaft NGG befürchtet, dass es kein Verständnis für einen Ausstand in der jetzigen Situation gäbe. Der NGG-Apparat hofft, später die Dynamik vom Anfang der Tarifrunde wiederbeleben zu können.

Könnte nicht wenigstens Ver.di für die im öffentlichen Dienst Beschäftigten mehr Geld einfordern, da doch der Staat gerade Milliarden vor allem für Großunternehmen locker macht? Ver.di erklärt die Verschiebung der ErzieherInnen-Tarifrunde mit organisatorischen Problemen, mitgliederstarke Verhandlungskommissionen unter Corona-Bedingungen zusammenzubringen. An einen Tisch setzen könnten sie sich nicht, und digitale Verfahren, die demokratische Beteiligung und Meinungsbildung absichern, seien nicht eingeübt. Die Gewerkschaft erklärt sich damit selber für handlungsunfähig.

## Gewerkschaften stärker gefordert

Für die Gewerkschaften steht die unmittelbare Krisenbewältigung im Vordergrund, dabei sind sie gefordert wie lange nicht mehr. Es gilt, Arbeitsplätze und Entgelte zu sichern und Angriffe von Unternehmen abzuwehren, die versuchen, aus der Krise Kapital zu schlagen. Es ist zu befürchten, dass jetzt tarifliche Standards und Betriebsverfassungsrechte geschliffen werden, die später kaum oder gar nicht mehr wiederhergestellt werden können.

Von wenigen Ausnahmen, wie der Mannheimer IG Metall, ist der Großteil der hauptamtlichen SekretärInnen ins Homeoffice abgetaucht und steht für die Arbeit vor Ort kaum zur Verfügung. Für Betriebsräte und Vertrauensleute wird es dadurch noch schwieriger dagegen zu halten. Ganz zu schweigen von den Firmen, in denen es keine oder nur sehr schwache Betriebsräte und Vertrauenskörper gibt.

Wo es keine Umsetzung des Betriebsverfassungsgesetzes und keine engagierten Betriebsräte gibt, werden die Interessen der Beschäftigten schon jetzt massiv untergebuttert.

Wenn die Gewerkschaften während der Corona-Krise nicht sichtbar aktiv werden, wird dies das Vertrauen in die Gewerkschaften weiter schwächen und die notwendige Mobilisierung für die anstehenden Auseinandersetzungen massiv erschweren.

## Profitlogik in Frage stellen

In linken Zusammenhängen wird überlegt, wie angesichts der Corona-Krise die Diskussion über ein nicht profitorientiertes Wirtschaftssystem gefördert werden kann. Ein Anknüpfungspunkt ist die Stärkung gesellschaftlich kontrollierter Bereiche. Vielen Menschen wird derzeit die Bedeutung einer funktionierenden öffentlichen Infrastruktur erst richtig bewusst.

Es müssen jetzt grundsätzliche Fragen über die Funktionsweise des Kapitalismus

aufgeworfen werden. Über die neoliberale Privatisierungsstrategie nicht zuletzt auch im Gesundheitsbereich oder über die Tatsache, dass die Profitmaximierung Umwelt und Klima zerstört.

Wenn derzeit staatliche Subventionen im dreistelligen Milliardenbereich für Konzerne zur Verfügung gestellt werden, die bis vor kurzem Rekorddividenden an die AktionärInnen ausgeschüttet haben, dann zeigt das, was politisch möglich ist.

Es ist und bleibt eine zentrale politische Aufgabe der Gewerkschaften, die Profitorientierung und die hieraus resultierenden negativen Konsequenzen für Mensch und Natur immer wieder aufzudecken und zu skandalisieren. Die Corona-Krise zeigt: Der Kampf für antikapitalistische Gegenmacht steht aktuell auf der Tagesordnung! ■



Kundgebung am 1. Mai auf dem Marktplatz in Mannheim.

# Frankreich

## Soziale Proteste nach dem Ende der Ausgangsbeschränkungen!

B. S.

**Am 10. Mai 2020 wurden in Frankreich die – im Vergleich zu Deutschland relativ strengen – Ausgangsbeschränkungen aufgehoben. Das französische Gesundheitswesen ist aktuell ein Kristallisationspunkt der Sozial-Proteste.**

In Frankreich wurden im Zeitraum von 1998 bis zum vorigen Jahr über 100.000 von zuvor 500.000 Krankenhausbetten gestrichen. Zu Beginn der Corona-Krise wies das Land nur noch 5.000 Betten in Intensivstationen auf. Zum Höhepunkt des Krisenverlaufs konnten sie vorübergehend auf mehr als verdoppelt werden konnten – im Vergleich zu damals 28.000 in der Bundesrepublik.

Die Pariser Ärztin Béhija (Nachname ist der Redaktion bekannt) berichtete vor wenigen Tagen, dass nunmehr zu „Intensivbetten“ umgewandelte normale Pflegeplätze gleich ganz gestrichen werden sollen.

Béhija ist eine von 175 UnterzeichnerInnen einer ausschließlich von ÄrztInnen getragenen Strafanzeige gegen Regierungsglieder wegen Fremdgefährdung bei Ausbruch der Krise.

Am 25. Mai 2020 hat eine Konsultation der Regierung mit VertreterInnen der Beschäftigten sowie des Gesundheitsapparats begonnen. Diese soll von siebenwöchiger Dauer sein und von der Unternehmensberaterin Nicole Notat „koordiniert“ werden, der früheren Vorsitzenden des sehr sozialpartnerschaftlich geführten Gewerkschaftsdachverbands CFDT.

### Proteste im Pflegebereich ...

Macrons Sympathiewerbung bei den Beschäftigten im Gesundheitswesen, die als „Heldinnen und Helden der Nation“ gefeiert wurden, schlugen fehl.

Bei medial inszenierten Besuchen des Staatspräsidenten in Krankenhäusern sah sich dieser mit scharfer Kritik von gewerkschaftlich organisierten PflegerInnen konfrontiert. Deshalb räumt Macron mittlerweile ein, dass man „nicht genug zugunsten der Krankenhäuser verändert“ habe. Mehrmals hat er Verbesserungen versprochen – eine „Aufwertung“ der Gesundheitsberufe, verbesserte Arbeitsbedingungen ..., aber positive Änderungen sind bislang keine erkennbar.

Im Gegenteil: Mitte Mai kündigte Macrons „Gesundheitsminister“ Véran ein „Aufweichen“ der angeblich starren 35-Stundenwoche im Gesundheitswesen an. Dabei lässt die gesetzlich festgelegte Wochenarbeitszeit schon jetzt den Unternehmen viel Spielraum für Flexibilität. Der Durchschnitt von 35 Stunden wöchentlich muss lediglich innerhalb von drei Jahren erreicht werden. Véran kündigt im Prinzip also an, dass die Beschäftigten ihren Verdienst am Monatsende ja durch Mehrarbeit „verbessern“ könnten.

### Proteste vor Krankenhäusern

Seit der Aufhebung der generellen Ausgangsbeschränkungen gilt nun ein Verbot von Versammlungen ab elf Personen bis in den Juli dieses Jahres hinein.

Doch am Montag, den 11. Mai, kamen an den Eingängen von fünf Krankenhäusern in Toulouse über 1.000 externe Personen zusammen, die – dieses Mal ohne polizeiliche Sanktionen – zusammen mit dort beschäftigten KollegInnen protestierten.

Zu ähnlichen Aktionen kam es Ende Mai vor den Pariser Krankenhäusern Tenon und Robert Debré. Neben vielen Krankenhausbeschäftigten waren mehrere Hundert Menschen gekommen, einerseits viele aktive Linke und radikale Linke, andererseits Menschen aus dem progressiven Teil der „Gelbwesten“-Bewegung.

Die Polizei schaute zunächst zu, doch als ein Teil der Menge versuchte, zu einer Spontandemonstration aufzubrechen, kam es zur Absperrung. Und am Ende wurden fünfzig Strafzettel zu je 135 Euro wegen Missachtung der geltenden Einschränkungen verteilt und drei Festnahmen durchgeführt.

### ... und anderswo

Gegen die Ankündigung des Autobauers Renault, vier Standorte in Frankreich zu schließen, protestierten KollegInnen mit ersten Arbeitsniederlegungen namentlich in der Bretagne.

Auch bei dem in der Altenpflege aktiven Konzern Korian kommt es derzeit zu Arbeitskämpfen. Die dort Beschäftigten – die zum Gesundheitssektor zählen und in der COVID-19-Pandemie erheblichen Ansteckungsrisiken ausgesetzt waren – fordern eine Lohnprämie für Risikoarbeit im „sanitären Ausnahmezustand“ sowie eine Erhöhung ihrer Löhne.

Die aktuell entscheidende Herausforderung ist, ob und wie es gelingen kann, die Wiederbelebung einer umfassenden sozialen und politischen Protestbewegung zu fördern. Am 16. Juni 2020 soll es einen landesweiten Aktionstag im Gesundheitswesen geben. ■



Protest von GesundheitsarbeiterInnen in Paris.

# Solidaritäts-Netzwerk Mannheim

O. T.

**Anlässlich der Corona-Pandemie hat sich in Mannheim ein Solidaritäts-Netzwerk sozialer und linker Gruppen gegründet.**

Sein Anliegen macht das Netzwerk in einem Info-Flugblatt in fünf Sprachen deutlich. Dort heißt es:

„Liebe Nachbar\*innen,

die Coronakrise macht uns seit einiger Zeit zu schaffen und führt zu enormen gesellschaftlichen Einschränkungen. Wir, das Solidaritätsnetzwerk Mannheim, möchten Ihnen in dieser schwierigen Zeit zur Seite stehen; denn jetzt zählen Solidarität und Zusammenhalt mehr denn je.

Falls Sie zu einer der Risikogruppen des Corona-Virus gehören oder selbst infiziert sind, möchten wir Ihnen unsere Hilfe anbieten, indem wir Einkäufe und andere dringende Besorgungen für Sie erledigen. Rufen Sie uns gerne an oder schreiben Sie uns eine Mail und bleiben Sie gesund!“

## Selbstverständnis

Zum Selbstverständnis des Netzwerks wird ausgeführt:

„Im Solidaritätsnetzwerk Mannheim haben sich lokale Gruppen und Organisationen in Reaktion auf die gesellschaftlichen Folgen der Corona-Epidemie zusammengeschlossen. Durch die Pandemie verschärft, treten die tödlichen Konsequenzen einer auf Konkurrenz und Ausbeutung basierten Wirtschaft deutlich zutage.

Gemeinsam wollen wir nicht nur durch die von uns organisierte Stadtteilhilfe zum Schutze von Risikogruppen diese Folgen abmildern, sondern auch über diese Krise hinaus für eine solidarische Gesellschaft eintreten.

Unter Einhaltung der aktuell notwendigen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung führen wir Aktionen für die Umsetzung unserer Forderungen durch.

Falls Ihr Interesse habt euch in die Arbeit einzubringen, sei es durch aktive Teilnahme an der Organisation der politischen Arbeit oder durch die direkte Hilfe im Rahmen unserer Nachbarschaftshilfe, dann freuen wir uns über Nachrichten.“

## UnterstützerInnen

Unterstützt wird das Netzwerk unter anderem von DIDF-MA, DIDF-Jugend, ver.di-Jugend Rhein-Neckar, IL Rhein-Neckar, SJD Die Falken MA, Initiative „Stop! Kein Ausverkauf der Neckarstadt“, Ewwe Longt's MA, Frauen gegen Rechts Rhein-Neckar, Initiative „Selbst organisiert in Mannheim“ und natürlich der ISO Rhein-Neckar. ■

## Kontakt zum Netzwerk

Tel.: 0176-70710775

Mail: [solidaritaets-netzwerk-mannheim@web.de](mailto:solidaritaets-netzwerk-mannheim@web.de)

**Konsequenter  
Schutz für alle  
Menschen statt  
für Profite!**



Kundgebung am 1. Mai auf dem Marktplatz in Mannheim.

Foto: [helmut-roos@web.de](mailto:helmut-roos@web.de)

# 8. Mai 1945

## Befreiung vom Faschismus, nicht vom Kapitalismus

H. N.

**Noch vor Kriegsende schlug für die Häftlinge des Konzentrationslagers (KZ) Buchenwald am 11. April 1945 die Stunde der Befreiung (vgl. hierzu [www.buchenwald.de/473/](http://www.buchenwald.de/473/)). Unter den Überlebenden befanden sich auch Mitglieder der IV. Internationale.**

**K**urz zuvor hatte die Zelle unserer Genossen eine von der SS angeordnete Versammlung der jüdischen Häftlinge verhindert, denn sie hätte zweifelsohne deren Ermordung zur Folge gehabt. Diese mutige Aktion gelang ihnen dadurch, dass „Politische“ ihre roten „Winkel“ (Stoffdreiecke) an die Juden weitergaben und diese von den Nazi-Schergen nicht mehr identifiziert werden konnten.

Am 20. April 1945 forderten unsere Genossen in ihrer „Erklärung der Buchenwalder Internationalistischen Kommunisten“ die Errichtung eines „Rätedeutschland in einem Räteeuropa“.

Der programmatische Text war von einem Redaktionskomitee ausgearbeitet worden. Es bestand aus dem Franzosen Marcel Beaufre, dem Belgier Florent Galloy (beide Mitglieder der Vierten Internationale) sowie den beiden österreichischen Revolutionären Ernst Federn und Karl Fischer.

Mit dem auszugsweisen Abdruck ihrer Erklärung halten wir die Erinnerung an die Verfasser und an alle dort ermordeten Genossen wach. Sie mussten sich nicht nur des mörderischen SS-Lagersystems, sondern auch gleichzeitig der stalinistischen Verfolgungen in Buchenwald erwehren (vgl. <https://www.inprekorr.de/284-buchenwald.htm>).

Der revolutionäre Optimismus des Textes wurde durch die Entwicklung bald widerlegt. Die IV. Internationale mußte eingestehen, dass sie verschiedene Faktoren, die für die Lage in Deutschland bestimmend waren, unterschätzt hatte: das Ausmaß der Kriegszerstörungen insbesondere in den Arbeiterwohngebieten, den reaktionären Charakter der sowjetischen und westlichen Besatzung und die extreme Atomisierung der deutschen Arbeiterklasse durch den Faschismus. ■

### ERKLÄRUNG DER BUCHENWALDER INTERNATIONALISTISCHEN KOMMUNISTEN\*

[...] In der bevorstehenden vorrevolutionären Periode gilt es, die werktätigen Massen im Kampf gegen die Bourgeoisie zu mobilisieren und den Aufbau einer neuen revolutionären Internationale vorzubereiten, die die Einheit der Arbeiterklasse in der revolutionären Aktion verwirklichen wird.

Alle Theorien und Illusionen über einen „Volksstaat“, „Volksdemokratie“ haben im Verlaufe der Klassenkämpfe unter der kapitalistischen Gesellschaft die Arbeiterklasse in die blutigsten Niederlagen geführt. Nur der unversöhnliche Kampf gegen den kapitalistischen Staat bis zu seiner Zerschlagung und die Errichtung des Staates der Arbeiter- und Bauernräte kann solche neuen Niederlagen verhindern. Die Bourgeoisie und das entwurzelte Kleinbürgertum haben den Faschismus an die Macht gebracht. Der Faschismus ist das Geschöpf des Kapitalismus. Nur die erfolgreiche unabhängige Aktion der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus ist imstande, das Übel des Faschismus samt seiner Wurzel auszureißen. In diesem Kampf wird sich das zögernde Kleinbürgertum dem revolutionär vorstürmenden Proletariat anschließen, wie es uns die Geschichte der großen Revolutionen lehrt.

Um aus den kommenden Klassenkämpfen siegreich hervorzugehen, muß die deutsche Arbeiterklasse die Verwirklichung folgender Forderungen erkämpfen:

- Organisations-, Versammlungs- und Pressefreiheit!
- Koalitionsfreiheit und sofortige Wiederherstellung aller sozialen Errungenschaften von vor 1933!
- Restlose Beseitigung aller faschistischen Organisationen!
- Beschlagnahme ihrer Vermögen zugunsten der Opfer des Faschismus!

- Aburteilung aller Träger des faschistischen Staates durch frei gewählte Volksgerichte!
- Auflösung der Wehrmacht und ihre Ersetzung durch Arbeitermilizen!
- Sofortige freie Wahl von Arbeiter- und Bauernräten in ganz Deutschland und Einberufung eines allgemeinen Rätekongresses!
- Trotz Ausnützung aller parlamentarischen Institutionen der Bourgeoisie für die revolutionäre Propaganda, Beibehaltung und Erweiterung der Räte!
- Enteignung der Banken, der Schwerindustrie und des Großgrundbesitzes
- Kontrolle der Produktion durch die Gewerkschaften und die Arbeiterräte!
- Keinen Mann, keinen Pfennig für die Kriegs- und Reparationsschulden der Bourgeoisie!
- Die Bourgeoisie muß zahlen!
- Für die gesamtdeutsche sozialistische Revolution, gegen eine Zerstückelung Deutschlands!
- Revolutionäre Verbrüderung mit den Proletariern der Besatzungsarmeen!
- Für ein Rätedeutschland in einem Räte-Europa!
- Für die proletarische Weltrevolution!

20. April 1945

Die Internationalistischen Kommunisten Buchenwalds  
(4. Internationale)

\* [Die gesamte Erklärung ist unter [www.inprekorr.de/283-buchenwald.htm](http://www.inprekorr.de/283-buchenwald.htm) zu finden.]

# Aktionstag Seebrücke: „Evakuiert alle Lager!“

E. B.

Am 23. Mai 2020 fand auch in Mannheim ein erneuter Aktionstag Seebrücke statt. Damit sollte deutlich gemacht werden, dass die Menschen in den europäischen Flüchtlingslagern zu uns gehören.

In dem Aufruf von Seebrücke heißt es: „Während über 150 Städte [darunter Mannheim] sich in Deutschland aufnahmebereit erklärt haben, holte die Bundesregierung kürzlich gerade einmal 47 Minderjährige aus dem Lager Moria auf Lesbos nach Deutschland.“ Wenn der deutsche Staat in kürzester Zeit 200.000 deutsche TouristInnen zurückholen und 80.000 ErntehelferInnen für die deutsche Landwirtschaft einfliegen lassen könne, zeige er deutlich seine Prioritäten: „Das Leben der Geflüchteten ist ihm [fast] nichts wert.“

Mehrere Zehntausend sind dem tödlichen Corona-Virus in Lagern und Sammelunterkünften schutzlos ausgeliefert. Dort können Mindestabstände und Hygienevorschriften nicht eingehalten werden.

Ab 15 Uhr gab es Aktionsposten am Alten Messplatz, am Paradeplatz, am Plankenkopf und am Ehrenhof. Um 17 Uhr fand dann eine Kundgebung mit rund 120 TeilnehmerInnen und zahlreichen „Zaungästen“ aus der Bevölkerung am Marktplatz statt. Die ISO Rhein-Neckar unterstützte die Aktion. ■



Foto: Avanti?

Kundgebung am 23. Mai 2020 auf dem Mannheimer Marktplatz.

## ISO/IV. Internationale

### Wer wir sind und was wir wollen

Die *Internationale Sozialistische Organisation* (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

### TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- DO, 04.06.2020, 15:00 Uhr, Viko des Überbetrieblichen Solikomitees
- SO, 14.06.2020, Aktionstag #unteilbar
- MI, 17.06.2020, 19:00 Uhr, Viko „Wer, wenn nicht wir ...“
- DO, 18.06.2020, 15:00 Uhr, Viko des Überbetrieblichen Solikomitees
- FR, 26.06.2020, 19:00 Uhr, Virtueller ISO-Infoabend zu aktuellem Thema

#### Impressum:

ISO Rhein-Neckar  
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim

Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54  
Email: [info@iso-4-rhein-neckar.de](mailto:info@iso-4-rhein-neckar.de)  
Web: [www.iso-4-rhein-neckar.de](http://www.iso-4-rhein-neckar.de)

